



«Die bewährten Stabilitätsfaktoren bewahren und gleichzeitig mit Innovation und Resilienz verbinden»

Cyberangriffe und neue EU-Vorgaben wie das AML-Paket: Der Finanzplatz Liechtenstein steht vor grossen Herausforderungen. Ivo Klein, Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbands (LBV), und LBV-Geschäftsführer Simon Tribelhorn beziehen Stellung.

Interview: Corina Vogt-Beck
Bilder: Daniel Schwendener

Herr Klein, der Finanzplatz steht vor zwei grossen Herausforderungen: Zum einen die Cyberresilienz – wie beim Angriff im August sichtbar wurde –, zum anderen der Druck durch neue EU-Regulierungen wie das AML-Paket. Können die Banken und der Finanzplatz schlicht so weitermachen wie bisher oder braucht es strategische Anpassungen für die kommenden Jahre?

Ivo Klein, Präsident des LBV: Die Grundpfeiler Stabilität, Rechtssicherheit und Qualität bleiben unverändert. Aber das Umfeld verändert sich dynamisch – nicht nur durch die EU, sondern auch durch Geopolitik, Digitalisierung und KI. Das bringt Herausforderungen mit sich, die wir aktiv mitgestalten müssen. Es geht darum, die bewährten Stabilitätsfaktoren zu bewahren und diese gleichzeitig mit Innovation und Resilienz zu verbinden.

Herr Tribelhorn, wie kann man dem stetig steigenden Tempo der Digitalisierung und den globalen Umwälzungen standhalten? Muss man schneller werden oder eher Tempo herausnehmen?

Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des LBV: Wir müssen vor allem vorausschauender werden. Geschwindigkeit allein ist kein Wert – entscheidend ist, Entwicklungen früh zu erkennen, Prioritäten richtig zu setzen und dort schnell zu handeln, wo es notwendig ist. Genau deshalb haben wir gemeinsam mit unseren Mitgliedsbanken ein Regulierungs-Monitoring aufgebaut, das uns einen möglichst frühen Blick auf die nächsten drei bis fünf Jahre gibt. So können wir uns rechtzeitig vorbereiten, Auswirkungen abschätzen und unsere Interessen frühzeitig und konstruktiv in die politischen und regulatorischen Prozesse einbringen.

Ist das eine Art Flucht nach vorn? Also proaktiv handeln statt nur reagieren?

Ivo Klein: Absolut. Ich glaube, wer die Zukunft gestalten will, muss proaktiv sein, verstehen, wohin die Reise geht, und den Weg aktiv mitgehen. Das ist eine Grundvoraussetzung und eine unserer wichtigsten Aufgaben als Verband.

Jahrelang hat der Finanzplatz auf Transparenz gesetzt, auch als Folge der letzten grossen Krisen. Muss

diese Transparenz angesichts von Cyberangriffen und Bedrohungen von aussen neu definiert oder gar wieder etwas eingeschränkt werden?

Ivo Klein: Transparenz ist unbedingt notwendig. Als kleiner Finanzplatz ist es essenziell, dass wir internationale Standards lückenlos erfüllen. Regulatorisch notwendige Transparenz und der Schutz sensibler Daten sind dabei keine Gegensätze, sondern müssen gemeinsam gewährleistet werden. Cybersicherheit ist eine zentrale Vertrauensfrage, bei der wir als Land gefordert sind. Der jüngste Angriff auf das Verzeichnis wirtschaftlich berechtigter Personen ist ein ernst zu nehmender Weckruf und ein klarer Handlungsauftrag, uns bei diesem Thema entscheidend weiterzuentwickeln. In der Geldwäschereibekämpfung waren wir einst mit grossen Herausforderungen konfrontiert. Heute verfügt Liechtenstein über international anerkannte und hohe Standards bei der Geldwäschereibekämpfung. Diesen Anspruch müssen wir auch bei der Cyber-

«Regulatorisch notwendige Transparenz und der Schutz sensibler Daten sind keine Gegensätze, sondern müssen gemeinsam gewährleistet werden.»

Ivo Klein

sicherheit verfolgen. Unser Vorteil in Liechtenstein sind die Kleinheit und die kurzen Wege: Regierung, Verwaltung, FMA und Finanzmarktteilnehmer können sich eng abstimmen, um gemeinsam ein höheres Sicherheitsniveau zu erreichen. Denn in der Cybersicherheit gilt: Das Gesamtsystem ist nur so stark wie sein schwächstes Glied.

Wie fallen die Rückmeldungen aus den Banken aus? Wie gross ist der Reputations- und Vertrauensschaden bei der Kundschaft wirklich?

Simon Tribelhorn: Die Banken nehmen den Vorfall sehr ernst, und selbstverständlich gab es auch Fragen und Reaktionen von Kundenseite. Sicherheit ist einer unserer zentralen Standortfaktoren und gehört zum Wertversprechen unseres Finanzplatzes. Dieses Wertversprechen wird durch einen einzelnen Vorfall nicht grundsätzlich infrage gestellt. Gleichzeitig entsteht daraus ein klarer Anspruch: Wir müssen jetzt zeigen, dass wir aus solchen Ereignissen konsequent ler-

nen, unsere Resilienz weiter stärken und unsere hohen Standards laufend weiterentwickeln. Genau daran bemisst sich langfristig Glaubwürdigkeit.

Das darf keine leere PR-Hülse sein, sondern muss konsequent gelebt werden.

Simon Tribelhorn: Genau. Sicherheit kann man nicht einfach behaupten, sie muss sich in Standards, Prozessen, Investitionen und im täglichen Handeln zeigen. Deshalb sollten wir den Vorfall als Anlass nehmen, unsere Cyberresilienz systematisch weiterzuentwickeln, als gemeinsame Anstrengung von Staat, Wirtschaft, kritischen Infrastrukturen und Finanzplatz. Unser Anspruch sollte dabei durchaus ambitioniert sein: Liechtenstein sollte zu den führenden Standorten in Sachen Cybersicherheit und Cyberresilienz gehören.

Die Schwachstelle lag in diesem Fall bei der Verwaltung, nicht bei den Banken. Wie arbeitet der Finanzplatz mit, damit Sicherheitslücken geschlossen werden können? Können Sie hier Einfluss nehmen?

Simon Tribelhorn: Selbstverständlich können wir das. Wir haben ausserordentlich viele Spezialistinnen und Spezialisten in diesem Bereich. Cybersecurity ist als operationelles Risiko seit Jahren Bestandteil der täglichen Arbeit von Banken, und die Finanzinstitute unterliegen bereits strengen Vorgaben wie DORA. Sie haben entsprechende Expertise und Systeme aufgebaut, um sich zu schützen. Dieses auf dem Platz vorhandene Know-how müssen wir bündeln, um das Gesamt-Dispositiv weiter zu stärken. Ziel muss es sein, ein absolut hochstehendes Niveau im Bereich Cybersicherheit systematisch zu institutionalisieren. Eine hundertprozentige Sicherheit gibt es zwar nie, aber wenn wir uns gemeinsam ähnlich erfolgreich weiterentwickeln können wie nach der Steuerkrise, dann haben wir das Möglichste gemacht.

Was braucht es Ihrer Meinung nach, damit solche Vorfälle in Zukunft vermieden werden können?

Ivo Klein: Die Regierung hat reagiert und eine externe Untersuchung eingeleitet. Entscheidend ist nun, daraus konkrete Konsequenzen für Governance, Prozesse und technische Überwachung zu ziehen. Sensible Daten müssen nach höchsten Sicherheitsstandards geschützt werden. Gleichzeitig dürfen Unternehmen und Behörden nicht isoliert betrachtet werden, son-





dern sollten gemeinsame Sicherheitsstandards und -prozesse entwickeln.

Der DORA-Regulierungsrahmen der EU wird in diesem Zusammenhang oft genannt. Alle Banken und Finanzinstitute im Land müssen dies seit 2025 verbindlich umsetzen. Was macht DORA zum Referenzpunkt?

Simon Tribelhorn: DORA regelt die IKT-Vorgaben und die operationelle Resilienz bei Finanzinstituten ganzheitlich. Es geht um klare Prozesse, Verantwortlichkeiten und Abläufe: Wie schütze ich mich und wie reagiere ich, wenn ein Vorfall eintritt? DORA schreibt zudem vor, wie externe IT-Dienstleister ins Sicherheitskonzept eingebunden werden müssen. Diese Grundgedanken lassen sich auf einen Staat oder andere Institutionen übertragen.

Dann sind wir wieder bei den Schnittstellen. Könnte das Modell der Finanzinstitute somit als Vorbild für Unternehmen und die Landesverwaltung dienen?

Ivo Klein: Sinngemäss ja. Obwohl der Staat ein anderer Akteur ist als ein privater Dienstleister und andere gesetzliche Vorgaben hat, geht es um gleiche oder ähnliche hochsensible Daten, die ausgelagert werden. Daher ist es entscheidend, dass alle beteiligten Akteure verbindliche und einheitliche Sicherheitsstandards einhalten.

Könnte das Land also entscheiden, dass DORA für alle Beteiligten gilt?

Ivo Klein: DORA gilt nicht automatisch für die Landesverwaltung. Seine Grundprinzipien – klare Verantwortlichkeiten, belastbare Prozesse, die Überwachung externer Dienstleister und regelmässige Resilienztests – können jedoch als Orientierung für vergleichbare nationale Sicherheitsstandards dienen. Das Land kann für den Schutz sensibler Daten verbindliche und einheitlich hohe Anforderungen festlegen.

Simon Tribelhorn: Letztendlich geht es um die Einhaltung der höchsten Standards zum Schutz von sensiblen Daten. Wir sind alle miteinander vernetzt. Es nützt nichts, wenn ein Akteur sein Sy-

stem perfekt schützt, aber verbundene Schnittstellen ein niedrigeres Schutzniveau aufweisen. Der Vorfall zeigt, dass Cyberrisiken Auswirkungen auf die Wahrnehmung und Reputation des gesamten Platzes haben können. Hohe Sicherheitsstandards bei allen Beteiligten sichern letztlich das Vertrauen der Kunden und Stakeholder.

Hat also die Regulierung einen echten Nutzen und bietet sie mehr als nur Mehraufwand?

Ivo Klein: Regulierung ist kein Selbstzweck, sondern schafft verlässliche Spielregeln, Stabilität und faire Wettbewerbsbedingungen. In diesem Sinne stehen wir hinter einer wirksamen Regulierung. Neue Vorgaben müssen jedoch konsequent auf ihre Wirksamkeit, Verhältnismässigkeit und ihre Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit geprüft werden. Eine übermässige Regulierung kann dem Standort schaden.

Konkret ist die Sammlung der Daten der wirtschaftlich berechtigten Personen im Vwbp ebenfalls ein Regularium der EU: Wurde hier die richtige Balance getroffen?

Ivo Klein: Der Zweck ist legitim und zwingend nötig, nämlich die Transparenz zur Bekämpfung von Geldwäsche. Allerdings darf man erwarten, dass der Staat sensible Daten, die er sammelt, kompromisslos schützt.

Simon Tribelhorn: Wichtig zu betonen ist: Das Vwbp ist kein öffentlich frei zugängliches Register, sondern dient primär den Behörden zur Geldwäschereibekämpfung. Zudem hat nicht nur Liechtenstein dieses Register – es ist eine EU-Vorgabe, die von allen EWR-Ländern umgesetzt wird.

Was bringt das neue EU-AML-Paket samt der neuen Aufsichtsbehörde Amla für Neuerungen mit sich?

Simon Tribelhorn: Das neue AML-Paket bringt vor allem deutlich mehr Harmonisierung. Während die bisherigen Richtlinien den Mitgliedstaaten teilweise erheblichen Umsetzungsspielraum liessen, schafft die neue AML-Verordnung in zentralen Bereichen unmittelbar geltende und einheitliche-

re Vorgaben. Das betrifft unter anderem die Sorgfaltspflichten, die Feststellung wirtschaftlich Berechtigter, Transparenzregister, Zugriffsrechte sowie die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Stellen. Neu ist zudem die europäische Aufsichtsbehörde Amla. Sie soll für eine stärkere Konvergenz der Aufsicht sorgen, die nationalen Aufsichtsbehörden enger koordinieren und eine begrenzte Zahl besonders risikoreicher, grenzüberschreitend tätiger Finanzinstitute direkt beaufsichtigen. Die nationalen Aufsichtsbehörden bleiben aber weiterhin ein zentraler Bestandteil des Systems. Insgesamt entsteht damit schrittweise ein stärker integriertes europäisches System der Geldwäschereibekämpfung – mit einheitlicheren Regeln, engerer Zusammenarbeit und einer stärkeren europäischen Aufsichtsdimension.

Was bedeutet die Aufsicht durch die Amla konkret für den Finanzplatz?

Ivo Klein: Einzelne grosse, grenzüber-

schreitend tätige Institute können künftig direkt von der Amla in Frankfurt beaufsichtigt werden. Welche Institute konkret ausgewählt werden, richtet sich nach den europäischen Kriterien und der entsprechenden Risikobewertung. Nach aktuellem Stand soll in jedem teilnehmenden Land mindestens ein Institut direkt durch die Amla beaufsichtigt werden. Die Rechtsetzung und Aufsichtspraxis der Amla werden zugleich Auswirkungen auf den gesamten europäischen Finanzmarkt und damit auch auf Liechtenstein haben.

Was wird sich für die betreffende Bank konkret verändern?

Ivo Klein: In Fragen der Geldwäschereibekämpfung wird die betreffende Bank künftig einen direkten Ansprechpartner in Frankfurt haben und nicht mehr primär in Vaduz. Das ist eine wesentliche Veränderung. Der Austausch mit einer lokal verankerten Aufsicht, welche die Institute, die Strukturen und die Besonderheiten des Finanzplatzes aus eigener Anschauung kennt, ist naturgemäss einfacher, direkter und praxisnäher als mit einer grossen europäischen Behörde ohne vergleichbare lokale Verankerung.

Führt das zu noch mehr Personal- aufbau in den Compliance-Abteilungen?

Ivo Klein: Kurzfristig werden die neuen Anforderungen Ressourcen beanspruchen. Einen unverhältnismässigen Personalaufbau erwarte ich jedoch nicht. Mittelfristig können standardisierte Prozesse, bessere Daten sowie der verantwortungsvolle Einsatz von Digitalisierung und KI einen Teil des zusätzlichen Aufwands kompensieren. Entscheidend ist, dass Effizienzgewinne nicht zulasten der Qualität und Sorgfalt gehen.

Simon Tribelhorn: Liechtenstein hat im Moneyval-Assessment bereits attestiert bekommen, dass wir über sehr hohe Standards verfügen. Unsere Strategie im Bereich Geldwäschereibekämpfung, Sanktionen und Steuern ist eine strikte Null-Toleranz-Politik. Nichtsdestotrotz wird der operative Umstellungsaufwand infolge des EU-Pakets gross sein. Sowohl die konsequente Umsetzung des neuen AML-Rahmens als auch die

Weiterführung unseres Null-Toleranzanspruchs stehen für unsere Mitglieder ausser Frage.

Sind die Mitgliedsbanken also eher positiv oder zumindest offen gegenüber dieser Veränderung?

Ivo Klein: Die Banken stehen uneingeschränkt hinter dem Ziel einer wirksamen und europaweit harmonisierten Geldwäschereibekämpfung. Gleichzeitig ist die Umsetzung anspruchsvoll. Sie muss möglichst effizient und praxisnah erfolgen. Dabei müssen die Besonderheiten der einzelnen Finanzplätze angemessen berücksichtigt werden.

Blicken wir zehn Jahre in die Zukunft: Wie sieht der Finanzplatz Liechtenstein dann aus?

Ivo Klein: Die Kernwerte bleiben: Liechtenstein wird ein sicherer, international voll vernetzter und verlässlicher Finanzplatz sein. In der Kundenbetreuung wird es ein Zusammenspiel aus persönlicher Beratung und technischer Unterstützung geben. Erfolgreich werden jene Finanzplätze sein, die regulatorische Qualität, technologische Kompetenz und persönliche Kundennähe miteinander verbinden können. Unser Vorteil liegt in der engen Zusammenarbeit zwischen Politik, Behörden, Aufsicht und Finanzplatzakteuren. Vertrauen, Integrität und Verlässlichkeit bleiben unser höchstes Gut.

Simon Tribelhorn: Und genau dieses Zusammenspiel wird auch auf Kunden- und Mitarbeiterseite entscheidend sein. Für die Kunden werden Kundennähe, Vertrauen und eine hohe Dienstleistungsqualität in zehn Jahren noch bedeutender sein – ergänzt durch neue digitale Möglichkeiten, die Beratung schneller, individueller und effizienter machen. Gleichzeitig wird sich das Berufsbild im Finanzsektor weiter verändern. Technologie wird Aufgaben übernehmen, aber den Menschen nicht ersetzen. Umso wichtiger wird es, unsere Mitarbeitenden mitzunehmen, ihre Kompetenzen weiterzuentwickeln und sie für neue Rollen zu befähigen. Der Finanzplatz der Zukunft wird deshalb nicht nur technologischer, sondern noch kundenorientierter, serviceorientierter und kompetenzgetriebener sein.